

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kf 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich

6. Jahrgang.

Sonntag, 27. Juni 1926.

Nr. 150.

Die „neue Aera“.

Das Abgeordnetenhaus hat gestern vor Beginn der Sommerferien seine letzte Sitzung abgehalten, nachdem es zu nachtschlafender Zeit noch rasch fast ein halbes Duzend Abgeordnete dem Strafgerichte ausgeliefert hatte. Nächste Woche wird noch der Senat einige Aufräumarbeiten verrichten, worauf die erste Phase der Herrschaft und Tätigkeit der neuen tschechisch-deutschen-slowakisch-magyarischen Mehrheit abgeschlossen sein wird. Jetzt hat man also einige Wochen diese neue Regierungskoalition an der Arbeit gesehen! Sie war von einer Sorte, daß sie wirklich keine bessere Ordnung finden konnte, als in dem effektvollen Schlusssatz der Auslieferung der fünf oppositionellen Abgeordneten.

„Unser Locarno ist im Werden“, so lesen wir in dem Artikel eines deutschdemokratischen Blattes, dessen Zuversicht das Blatt allerdings nicht teilen will, den es aber doch abdruckt. Es gibt auch Raum der lächerlichen Behauptung, die deutsche Bevölkerung dieses Staates „beglücke den ersten gelungenen Versuch einer gegenseitigen Annäherung mit der größten Genugtuung“. Die deutschdemokratische Presse hat bisher gegen die aktivistischen Parteien gewettert, nun beginnt auch eines ihrer Blätter — es ist der Brünner „Tagessbote“ — sich, wenn auch vorläufig noch mit Reserve, zum Sprachrohr der aktivistischen „Locarnisten“ zu machen. Da es sich um einen „geschäftlichen Mitarbeiter“ handelt, kann man darauf schließen, daß die „Tat“ des Aktivisten, das heißt ihr Einschwenken in die deutsch-tschechische Regierungsmehrheit, nunmehr auch schon im deutschfreihheitlichen Bürgertum offene und heimliche Bewunderer findet.

Wie sieht nun dieses „werdende Locarno“ aus, von welchem Geiste ist die gegenseitige Annäherung erfüllt, was hat sie bisher gebracht, und welche Vorteile läßt sie in Zukunft erhoffen. Die letzten Wochen werden zu den traurigsten Epochen in der Geschichte des deutschen Bürgertums zählen. Die Bilanz der „gegenseitigen Annäherung“ ist geradezu erschütternd: Ausplünderung der Volksmassen durch die Hölle und Kongrua, Einführung neuer Steuern unter tätiger Mithilfe der Deutschbürgerlichen, bedingungslose Unterwerfung dieser deutschen Parteien unter das Diktat der tschechischen Bourgeoisie, Anpassung der deutschen Aktivisten an die schandbarsten und mißbräuchlichsten parlamentarischen Methoden der alten Koalition, Niederknüppelung aller oppositionellen Abänderungsanträge unter deutscher Mithilfe und schließlich Auslieferung von Abgeordneten nach dem von allen Deutschen früher bekämpften Schutzgesetz, das die Deutschbürgerlichen nunmehr durch ihre Mitwirkung an der Tätigkeit der Auslieferungsgesellschaft feierlich sanktioniert haben.

Und was war der Lohn für diese Verräterei und Schandtaten? Vorläufig nichts, nicht eine greifbare Konzession, nicht einmal ein Versprechen für später, auf dessen Einlösung bestimmte Hoffnungen zu setzen wären. Der nationale Streit ist das größte Problem des Staates und der ihn bewohnenden Völker, aber so hat sich niemand die Inangriffnahme der Lösung dieser Aufgabe vorgestellt, daß Volksrechte, parlamentarische Freiheiten und Volkswohlfahrt eingetauscht werden sollen für ein paar eventuell gnädigst hingeworfene Brocken oder überhaupt lediglich nur für das Recht, den tschechischen Machtklassen Statisten- und Lakaidendienste zu leisten. Der nationale Ausgleich ist eine große, ernste Sache, der nur durch den ernstesten Verständigungswillen der beiden Völker durchgeführt werden kann. Die Vorstellung, es könnte dieses Ziel erreicht werden, daß sich die deutschbürgerlichen Parteien mit affenartiger Behendigkeit auf einen zufällig leer gewordenen Platz in der Regierungsmehrheit setzen, dabei die größten Opfer ihrer Gesinnung und ihrer Grundsätze bringen, ohne das aber auch auf der anderen Seite mehr vorhanden wäre, als die Absicht, die deutschen Stimmen zur Stützung des reaktionären, na-

Die Schandtat ist vollbracht!

Die Auslieferung von fünf Abgeordneten von der Mehrheit genehmigt. — Rückverweisung des Auslieferungsbegehrens gegen Frau Zeminova an den Ausschuß. — Flammender Protest des Genossen Dr. Czech.

Prag, 26. Juni. Die Schandtat ist vollbracht: am Schlusse der letzten Sitzung vor den Ferien — bezeichnenderweise blieben dem Präsidenten dann selbst die üblichen Reklamationswünsche in der Rehle stecken — hat die reaktionäre deutsch-tschechische Mehrheit fünf Abgeordnete dem Staatsanwalt ausgeliefert, der nun als oberster Richter über freigeählte Volksvertreter zu entscheiden haben wird, wie weit Abgeordnete in Vertretung ihres Mandates, in der Verteidigung der ihnen anvertrauten Interessen ihrer Wähler gehen dürfen, und ob sie sich alles gefallen lassen müssen, was ein der Mehrheit willfähriger Präsident an Geschäftsordnungsbrüchen sich zu leisten erlaubt. In früherer Morgenstunde wurde heute mit einer Mehrheit von 151 gegen 108 Stimmen der diesbezügliche Antrag des Immunitätsausschusses genehmigt; ja das Plenum erwiderte sich als noch weit rascherer und verwies auch noch das Auslieferungsbegehren gegen die Nationalsozialistin Zeminova, das der Ausschuß abzulehnen empfahl, auf Antrag eines slowakischen Merkmalen nochmals zur Beratung an den Ausschuß zurück. So muß man damit rechnen, daß später noch weitere sieben Abgeordnete dem Staatsanwalt überliefert werden, etappenweise, damit der Skandal nicht allzu groß wird.

Als erster Debattierender hielt Genosse Dr. Czech in einer von innerster Empörung getragenen Rede, bei der die wenigen noch anwesenden deutschen Mehrheitsparlierer beschämt einer nach dem andern aus dem Saale schlichen, dieser Mehrheit die unauslöschliche Schande vor, die sie mit der Auslieferung über den ganzen tschechischen Parlamentarismus bringt. Deutsche Abgeordnete haben die heiligsten Schwüre von ehemals vergessen, vergessen auch ihren Kampf gegen das Schutzesetz, das sich in erster Linie gegen Deutsche richtete, und haben nach demselben Schutzgesetz oppositionelle Abgeordnete ausgeliefert, alles aus schändlichem Egoismus und Machtthun, um ihren neuen Gebietern bis ins Extremste willfährig zu sein und den Befähigungsnachweis für ihre Koalitionstreue zu erbringen.

Diesem ellen Treiben gegenüber verwies Dr. Czech auf die Verständigung hin, wie wir sie erstreben: eine Verständigung von Volk zu Volk, ein Friedensschluß, der eine dauernde Atmosphäre des Friedens schafft. Nun erst recht wird die deutsche Arbeiterklasse den Kampf um diese Verständigung ausnehmen!

Wie wir bereits gestern kurz meldeten, kam es bei dem Referat des Berichterstatters Dr. Gall

nationalen Herrschaftssysteme auszunutzen, konnte nur der Rat- und Hilfslosigkeit der deutschbürgerlichen Politik entspringen. Die holde Einigkeit glaubt, der Aktivismus habe den Beginn einer neuen Aera eingeleitet und habe bewirkt, daß die Verständigung auf dem besten Wege sei. In Wahrheit sind die deutschen Aktivisten nur die Lückenbüßer in der tschechischen Koalition geworden, sie mußten sich, um nicht sofort wieder aus der erschlichenen Bundesgenossenschaft hinauszuliegen, gefügig und demütig dem Willen des tschechischen nationalistischen Bürgertums unterwerfen und an allen jenen Taten teilnehmen, die nichts anderes sind, als eine Fortführung und Stützung des alten tschechischen Koalitionssystems. Der Aktivismus hat durch sein Experiment, wie schon jetzt feststeht, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit nichts genützt, er hat das Ausgleichswerk nur geschädigt und kompromittiert.

Was an Positivem als Ergebnis der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit der letzten Wochen übrigbleibt, ist eine Steigerung der Zerfahrenheit und eine Schwächung der deutschen Abwehrpolitik und eine Reihe reaktionärer Exzesse und Maßnahmen, deren Folgen um so weittragender sein werden, als sie ihre Gutheißung von einem großen

zu heftigen Zwischenrufen der vor der Ministerbank angesammelten Kommunisten, so daß dessen Ausführungen meist nicht zu verstehen waren. Der Gegenreferent der Ausschuhminderheit, der tschechische Sozialdemokrat Koudelka, wird wieder von stürmischen Zwischenrufen der Deutschnationalen empfangen, die darüber erboßt sind, daß man gerade den Referenten über die feinerzeitige Auslieferung Baerans nunmehr in verächtlicher Rolle als Anwalt der Minderheit sprechen läßt.

Als erster Debattierender führt

Genosse Dr. Czech

folgendes aus:

Das Parlament ist im Begriffe, schwere Schmach auf sich zu laden. Wir rufen es daher im letzten Augenblick zur Besinnung auf und erheben, ehe es zu spät ist, unsere warnende Stimme. Was sich hier vor unseren Augen vorbereitet, das ist ein Werk schändlicher Nachjustiz, die unter den Händen des Immunitätsausschusses überdies noch zu einer bisher noch nie dagewesenen Ausnahmejustiz geworden ist. Wird sie vollzogen, so bematelt sich dieses Haus für immerwährende Zeiten mit schwerer Schuld, die der deutsch-tschechischen Mehrheit dieses Hauses vor aller Welt zuzuschreiben unsere heiligste Pflicht ist.

In einer Stunde, da der Nährstand der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes durch eine ganze Reihe geradezu verhängnisvoller wirtschaftlicher Maßnahmen auf das schwerste gefährdet ist, da die ohnedies niedrige Lebenshaltung der arbeitenden Menschen auf ein noch tieferes Niveau herabgedrückt wird, in einem Moment, in dem einer nach Hunderttausenden zählenden Angestellten die Arbeitsbedingungen in so unheimlicher Weise verschlechtert werden,

in einem Augenblick, da bange Sorge um das Schicksal Hunderttausender proletarischer Existenzen unsere Seele beschleicht, geht das Parlament daran, gewählte Volksvertreter nach einer nach protektionistischen Grundfäden getroffenen Auswahl zu justifizieren, sich so die die Fundamente seines Bestandes selbst zu untergraben und die primitivsten Grundlagen der Demokratie mit Füßen zu treten.

Dieser Maßnahme gegenüber Ruhe zu bewahren, ist ganz unmöglich, so sehr rebelliert unser Herz und Hirn gegen diese Ungehörlichkeit, die alle bisherigen Gewaltmaßnahmen der tsche-

Teil der ehemaligen Opposition, das ist von den Vertretern des deutschen Bürgertums, empfangen haben. Die deutschen Aktivisten nennen ihr Beginnen Selbstverleugnung zur Erreichung eines großen Zieles, es ist in Wahrheit nur Selbstentwürdigung schmachlichster Art ohne Rücksicht auf Erfolg, unter schwerster Schädigung der Abwehrmöglichkeiten von nationalreaktionären Angriffen in der Zukunft. Die Deutschbürgerlichen sind ein Werkzeug, nicht aber ein bestimmender Faktor in der Regierungsmehrheit geworden, als Faktor des Widerstandes gegen künftige Bedrückung haben sie zu existieren aufgehört.

Die deutsche Sozialdemokratie kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie die zäheste und leidenschaftlichste Befürworterin der nationalen Verständigung ist, niemand wird ihr zu muten, sie würde nicht jede Gelegenheit ergreifen, um das Ausgleichswerk zu fördern. In dem gegenwärtigen Zusammengehen des deutschen und tschechischen Bürgertums kann sie aber nicht eine Gemeinbürgerschaft zur Herbeiführung des nationalen Friedens, sondern nur eine Gemeinbürgerschaft der Reaktion, einen Zusammenschluß der heutigetierigen, arbeitereindlichen kapitalistischen Elemente erblicken.

chischen Politik, selbst die der allnationalen Koalition in den Schatten stellt und uns daher innerlich auf schwerste aufwühlen muß.

Dieser Maßnahme bringt um so mehr unser Innerstes in heftigster Aufruhr, als sich mit ihr eine geradezu historische Wendepunkt in der tschechischen Politik

vollzieht, der die bisherigen politischen Machtverhältnisse ins Gegenteil verkehrt, einen vollständigen Rollen- und Szenenwechsel herbeiführt und einer Entwicklung die Wege bahnt, die mit den bisherigen Traditionen der tschechoslowakischen Politik schonungslos aufräumt, alle tschechoslowakischen politischen Dogmen einfach über den Haufen wirft und die bisherige nationalistisch aufladete Staatsweisheit, alle bisherigen politischen Theorien der sogenannten konstruktiven tschechoslowakischen Politik einfach auf den Kopf stellt. Mit ein paar Worten läßt sich diese ungeheure Wending in ihrer ganzen Tragik aufzählen, wenn wir feststellen, daß deutsche Abgeordnete es sind, die in dem Augenblick, da die Entscheidung ganz in ihre Hände gelangt ist und die ganze Schwere der Verantwortung auf ihnen lastet, nach allem, was die deutsche Bevölkerung dieses Landes in den zurückliegenden Jahren besonders auf diesem parlamentarischen Boden erlebt hat, ruhigen Blutes Volksvertreter wegen ihrer parlamentarischen Wirksamkeit, wegen politischer Delikte dem Staatsanwalt ans Messer liefern.

Drei Parteien des deutschen Verbandes,

die noch vor kurzer Zeit in feierlichen staatsrechtlichen Erklärungen diesem System und seinen Auswirkungen rückichtslos den Kampf angefangen und diesen Kampf so lange zu führen geschworen haben, bis das erlittene Unrecht wieder gutgemacht werde, die christlichsoziale Partei, die noch vor wenigen Monaten in ihrer Wahlproklamation das deutsche Volk zum Kampf auf Tod und Leben alarmierte,

sie alle rufen gegen die Parlamentstürmer, zu denen sie vor nicht gar langer Zeit selbst ein ganzes ausgiebiges Kontingent gestellt hatten, das von ihnen hundertsfältig verfluchte Schutzgesetz an.

Sie alle werfen sich nun plötzlich zu Richtern der tschechoslowakischen parlamentarischen Ordnung, ja sogar zu ihren Scharfrichtern auf und lassen nun kaltblütig die Guillotine spielen, die eigentlich für sie ausgerichtet, für sie bereitgestellt wurde. Welch eine Wending durch Gottes Fügung! (Heiterkeit.) Hundertsfältig haben die deutschen parlamentarischen Vertreter die Methoden der tschechoslowakischen Gewaltpolitik, vor allem aber des tschechoslowakischen Parlamentarismus zu spüren bekommen, ganz besonders aber die eisernen Klammern der parlamentarischen Geschäftsordnung ausgelöst, von der Drofflung des Wortes bis zur Erötung jeder selbständigen parlamentarischen Regierung, von der parlamentarischen Kalistellung des einzelnen Abgeordneten bis zur völligen Unterbindung jeder legislatorischen Initiative des Parlamentes, von der Abwürgung jeder sachlichen Anregung der Opposition bis zur brutalen Massenentscheidung, bis zur Bruchialabstimmung, von der Perfektion des einzelnen Abgeordneten bis zur Achtung ganzer parlamentarischer Partei und Gruppen. Und nun, siehe da:

Nun ist die Erinnerung an all das völlig ausgelöscht, das erlittene Unrecht vergessen, alles Ungemach erlitten und verziehen, dem Gedächtnis entschwunden sind die heiligen Schwüre, sind die Gräber der Märtyreren, geliebten ist ein bis zur Besinnungslosigkeit treibender Nachhunger, die einen großen Teil der deutschen parlamentarischen Vertretung auf eine schiefse Ebene brachte, auf der sie läglich und stündlich tiefer und immer tiefer hinabgleitet.

Die gewaltige Wending der Dinge kommt uns nicht überraschend, Ueberraschend ist nur das Tempo, in dem sie sich vollzieht, überraschend ist die Herzhaftigkeit, mit der jene deutschen Parteien zugreifen. Ueberraschend ist die Strupplosigkeit, mit der sie sich

zu den ihnen auferlegten Schergerdiensten hergeben. Ueberraschend ist die Großzügigkeit, mit der sie ihre wertvollen Sitze...

Im übrigen vollzieht sich alles, was wir vor uns sehen, in natürlicher Entwicklung und geradezu zwangsläufig.

Längst schon haben wir es so kommen sehen.

Niemanden, der die Dinge nicht bloß äußerlich betrachtet, konnte eine solche Entwicklung übersehen. Immer und immer wieder haben wir es den Deutschbürgerlichen gesagt...

Als uns die Landblünder knapp vor den letzten Wahlen wieder einmal zur Bildung der nationalen Einheitsfront einluden...

„Man müsse den Tschechen gratulieren, daß sie im deutschen Lager den besten Bundesgenossen besitzen, den sie jederzeit mit nassen Händern schlagen können, ohne auf eine Abwehr zu stoßen.“

Nun wohl, heute sehen wir es wieder, wie die nassen Händer gegen die deutsche Bevölkerung und gegen die deutsche Arbeiterklasse geschwungen werden...

Wir bedauern diese Entwicklung nicht, auch wenn sie die internationale Reaktion ans Ruder bringt, denn sie entspricht den augenblicklichen tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen.

der gesamten Arbeiterklasse die Augen öffnen, die letzten Hindernisse für den Zusammenschluß des Proletariats beseitigen und einem Zusammenwirken der Arbeiter aller Nationen die Wege ebnen.

Mit dieser Entwicklung haben wir schon zu einer Zeit gerechnet, da man noch krauphaft an dem Dogma der einzig möglichen allnationalen Koalition festhielt, und haben auf die Möglichkeit einer Regierungsbildung durch den Zusammenschluß des Bürgertums aller Nationen verwiesen.

Damals rief man uns von tschechisch-sozialdemokratischer Seite zu, daß solche Doktrinen ein politischer Anachronismus seien. Nun, der Anachronismus ist da und der tschechische Staat ist dabei nicht aus den Fugen geraten...

Aber eine andere Frage ist es, wie sich der neue Umschwung in der deutschen Politik des Landes auswirkt, ob er der Verständigung der Völker dieses Landes die Wege ebnen wird.

Seit Jahren kämpft unsere Partei um die Herbeiführung eines Friedensschlusses, um die nationale Verständigung. Sie erlahmt in ihrer Arbeit und in ihren Bemühungen nicht, trotz des Schicksals, das den vielen Verständigungsgesprächen unserer Partei immer und immer wieder bereitet wird...

Auch der neue Ausgleichsantrag, der nun endlich nach so viel Färblichkeiten den Weg in den Verfassungsausschuß gefunden hat und dort

wohl trotz aller nationaldemokratischen Machinationen zur Beratung gestellt werden wird, gilt vornehmlich dem Verständigungsgedanken.

Aber unter Verständigung der Völker verstehen wir etwas ganz anderes als einen Pakt zwischen bürgerlichen kapitalistischen Parteien beider Nationen über gewisse Standesprivilegien und Parteisonderprivilegien.

Darunter verstehen wir etwas anderes als die all-österreichische Brosamen- und Liebesgabenpolitik, die sich hier vor unseren Augen in ihrem Glanz entfaltet und mit der der Bund der Landwirte und die christlichsoziale Partei ihr Verständigungswerk inauguriert haben.

Was wir wollen, ist nicht die Verständigung kleiner Aliquien, sondern der Friedensschluß von Volk zu Volk, wie es das deutsche Proletariat, als es noch dem alten österreichischen Verbands angehört hat, verlangte.

ein Friedensschluß, der das Problem in seiner Gänge aufrollt und zur Lösung bringt, ein Friedensschluß, der eine dauernde Atmosphäre des Friedens schafft und damit die Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinanderleben und Zusammenarbeiten der Völker dieses Landes.

Mögen die deutschen Sozialparteien sich darüber Rechenschaft geben, ob das von ihnen begonnene Werk sich auf dieser Linie bewegt und ob es nicht vielmehr im Gegenteil durch seine Methoden die Hoffnungen auf ein gezieltes Verständigungswerk völlig oder wenigstens für Jahrzehnte hinaus verschüttet.

Die deutsche Arbeiterklasse aber wird erst recht ihr Ringen um Verständigung der Völker weiterführen. Sie hofft, ihren Kampf, da sich nun einmal durch die Anfristung klarer und scharf umrissener Kampffronten die Kampfbedingungen günstiger gestalten, siegreich zu beenden.

Dem neuen System aber, das ebenso verderblich und arbeiterfeindlich ist wie seine Vorgänger, sagen wir beherzt den Kampf an. In diesem Kampfe wird auch die Abrechnung für die Schmach erfolgen, die die Parteien des Bürgertums dem Parlament durch die Justifizierung seiner Volksvertreter zufügen.

Wir verweigern dem Auslieferungsantrage unsere Zustimmung. Wird er dennoch zum

Die Bedenken vorlagen im Senat.

Eine klare Definition des Volkswerrates der Landblünder und Klerikalen durch Genossen Dr. Heller.

Prag, 26. Juni. Der Senat verabschiedete heute in ziemlich eile die Spiritus- und Zucksteuer, zu der von unseren Genossen Senator Beutel sprach, und vertagte sich sodann nach Erledigung einiger kleinerer Reste auf Mittwoch.

Da in der Debatte der Christlichsoziale Ledebur bei der Verteidigung der Haltung seiner Partei, die schon an und für sich nicht sehr glücklich war, sich auch noch Verdrehungen über die Auslegung des Begriffes „nationale Verrat“ durch unsere Partei leistete, nahm Genosse Dr. Heller zum Schluß der Sitzung sofort in einer Erklärung Stellung gegen Ledeburs Ausführungen, wies seine Drehs zurück und erteilte ihm eine gehörige Lektion darüber, worin der von ihnen begangene nationale Verrat in Wahrheit besteht.

Der Senat wird nach den bisherigen Dispositionen Donnerstag nächster Woche ebenfalls in Ferien gehen.

Die Sitzung wird, trotzdem das Haus erst nach 1 Uhr nachts auseinandergegangen war, bereits um 10 Uhr früh eröffnet. Nach einigen Zuweisungen wird die Debatte über die Zucker- und Spiritussteuer

in einem abgeführt. Nach Erstattung der Ausschussreferate kommt als erster Redner in der Debatte

Genosse Beutel

zu Worte, der u. a. ausführt:

Die Vorlage betreffend die Zuckersteuer löst Erinnerungen an das alte Österreich aus. Auch dort war ebenso wie hier gerade der Zucker ein beliebter Artikel, wenn man dem Volk neue Steuern auferlegen wollte. Es hat sich auch bei uns nichts geändert und wir können ruhig sagen, daß wir uns auch nach dieser Richtung hin nicht entösterreichert haben.

Es ist heute nicht abzusehen, welche schweren Folgen dieses Vorgehen nach sich ziehen wird. Jeder Haushalt wird eine neue drückende Belastung erfahren und die Folge werden nur neue Kämpfe um höhere Löhne sein müssen. Die höchste Grenze der Steuerleistungsfähigkeit der Bevölkerung ist bereits überschritten, neue soziale Kämpfe stehen uns bevor und das traurigste bei alledem ist, daß an der Ausplünderung der ärmeren Volksschichten jetzt auch die deutschen bürgerlichen Parteien Anteil nehmen. Wir sind leider nicht in der Lage, in irgend einer Form die Mehrheit an ihren Verbrechen zu hindern, sondern sagen nur: Fahren

Verschluß erhoben, so bedarf sich die neue deutsch-tschechische Koalition für immerwährende Zeiten mit schwerer Schuld, aber auch mit unauslöschlicher Schande.

Im Verlaufe der weiteren Debatte, die sich bis nach 3 Uhr morgens ausdehnt, sprechen ausschließlich Kontraredner: von deutscher Seite Koberg (D. Rat.) und Jung (Nat. Soz.), von tschechischer Seite Papoczek (Kom.), Patědl (tsch. Soz.) und Volek (Kom.), worauf das Haus zur

Abstimmung

Schritt. Der Antrag auf Rückverweisung der ganzen Angelegenheit an den Ausschuß wurde abgelehnt, dagegen als Strafverschärfung der Antrag des Slowaken Dr. Kubis angenommen, auch den Fall der Nationalsozialistin Zeminaova, deren Nichtauslieferung vom Ausschuß beantragt worden war, nochmals an den Ausschuß zurückgeben zu lassen.

Dieses Abstimmungsergebnis führte zu ziemlich heftigen Protesten ihrer Klubkollegen. Auch unsere Genossen sowie die Kommunisten konnten ihre Empörung über den schändlichen Mehrheitsbeschluss nicht zurückhalten und ergingen sich in scharfen Zurufen an die Adresse der deutschen Mehrheitsparteien, die ziemlich verdattert da saßen.

Die lauten Proteste wiederholten sich, als dann über den eigentlichen Abstimmungsantrag abgestimmt wurde und bei der Stimmzählung die übliche Rollmehrheit von 151 gegen 108 Stimmen ergab. Nach der Verkündung des Ergebnisses durch den Präsidenten stimmten die Kommunisten die Internationale an; sonst kam es zu keinen weiteren Kundgebungen.

Die sozialistischen Parteien verließen sodann zum größten Teil noch während einer Erklärung Malypetr, der sich gegen den Protest des Genossen Dr. Cech wegen der Roll-Abstimmung zu rechtfertigen suchte, unter Pfui-Rufen den Saal.

Nach einigen formalen Mitteilungen des Präsidiums wurde die Sitzung, diesmal ohne die obligaten Ferienwünsche, um 3.20 Uhr früh geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Sie so fort, es wird der beste Dienst sein, den Sie uns erweisen können. (Beifall.)

Nachdem weiters zwei kommunistische Redner, darunter Senator Sture, gesprochen haben, wird die Sitzung kurz vor 12 Uhr geschlossen, um die Zuteilung von Schriften sowie eine Sitzung der Obmannkonferenz und des Budgetausschusses in der Zwischenzeit zu ermöglichen.

Am viertel 2 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet und in der Debatte über die beiden Steuervorlagen fortgesetzt. Vorher werden einige gestern im Abgeordnetenhause erlegte Vorlagen den Ausschüssen mit dreitägiger Frist zugewiesen.

Zu den Steuervorlagen sprechen noch Hablena (tsch. Soz. Dem.), der frühere Finanzminister Becla (Nat. Dem.) und der tschechische Christlichsoziale Dr. Ledebur. Letzterer fühlt sich berufen, zum Schutz der „parlamentarischen Würde“ in die Bresche zu springen und verteidigt sodann die jüngste Haltung seiner Partei, welche dabei die materielle Besserstellung der von ihr vertretenen Berufskreise vertreten habe; keines der betreffenden Berufskreise voll Rechnung getragen, sie bedeuteten jedoch eine Verbesserung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und deshalb hätte seine Partei für diese Gesetze gestimmt. Selbst wenn es sich hierbei nur um etwas Vorübergehendes handeln sollte, so sei es doch bedeutungsvoll, daß eine Bindung gelöst wurde, an deren Unlösbarkeit man bisher fest glaubte. Zum Schluß vertieg er sich bis zu der Behauptung, dies sei auch in politischen Interesse des deutschen Volkes gehandelt und sie hofften, dem deutschen Volke genügt (!) zu haben. Diese Tage könnten den Auftakt zu einer Entwicklung bilden, welche den Lebensbedürfnissen des sudetendeutschen Volkes gerecht werden könne.

Die Vorlage wird schließlich von der üblichen Mehrheit unverändert angenommen und sofort auch in zweiter Lesung erledigt.

Sodann wird ohne Debatte nach Entgegennahme der Ausschussberichte den Schuldverschreibungen der ostböhmischen Elektrizitätsanleihe vom Jahre 1925 die Pupillarfristigkeit zurkannt und die Vorlage über Abänderung einiger Fristen bei Mietverträgen angenommen, die als neue Zinstermine einheitlich für das ganze Staatsgebiet den Monatsersten jedes Vierteljahres bestimmt.

Ebenso werden die sogenannten römischen Verträge mit den Nachfolgestaaten über die Liquidierung der Wiener Postsparkasse debattelos genehmigt und der Rest der Tagesordnung sodann auf die nächste Sitzung, die Mittwoch, den 30. d., um 4 Uhr nachmittags stattfindet, vertagt.

Vor Schluß der Sitzung erbat sich noch Genosse Dr. Heller

das Wort und gab in Erwiderung auf die Ausführungen Ledeburs folgende Erklärung ab:

Der Herr Senator Dr. Ledebur hat in seinen Ausführungen zur Zuckersteuervorlage auch gegen jene deutschen Parteien polemisiert, welche

die Haltung der deutschen Sozialparteien als Volkswerrat bezeichnen.

Dem gegenüber stellen wir fest, daß wir deutschen Sozialdemokraten seit jeher die Mehrheitspunkten für schädlich und verwerflich gehalten und erklärt haben, daß wir wünschen, daß auch in diesem Staate die Stellung der Parteien von ihrer Klassenzugehörigkeit bestimmt werde. Wir würden es daher niemals als Volkswerrat bezeichnen, wenn deutsche Parteien mit tschechischen Parteien zusammengehen und, wenn sie die Mehrheit haben, auch die Verantwortung übernehmen.

Was wir aber nicht verstehen und nicht billigen können und als Verrat an den Interessen des deutschen Volkes bezeichnen müssen, ist der Umstand, daß die deutschen Sozialparteien ohne die geringste Erleichterung des gegenüber dem ganzen deutschen Volke in unermindelter Stärke fortbestehenden Druckes, nur aus egoistischen Interessen eines kleinen, materiell ohnedies besser gestellten Teiles der Bevölkerung den tschechischen Sozialparteien und der tschechischen Regierung Helfersdienste leisten, dieser Regierung in der Form der Bewilligung von Steuern und Erteilung weitgehender Ermächtigungen das Vertrauen aussprechen, ja sogar so weit gehen, Abgeordnete unter Anwendung des von allen deutschen Parteien auf das heftigste bekämpften Gesetzes zum Schutze der Republik der latsum bekannten Justiz dieses Staates auszuliefern.

Das durchaus Verwerfliche dieser Handlungsweise zu beurteilen und zu brandmarken, die deutsche Bevölkerung hierüber aufzuklären, wird unsere Aufgabe sein, deren Ausführung wir begonnen haben und unablässig fortsetzen werden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Nationaldemokraten unveröhnlich.

Keine Konzessionen an die Deutschen.

Prag, 26. Juni. Heute nachmittags hielt das Präsidium des Aktionsausschusses der nationaldemokratischen Partei eine Sitzung ab, in der Abg. Dr. Kramar über die politische Situation Bericht erstattete. Zu den Zeitungsadressierten, daß die Partei mit den übrigen tschechischen Sozialparteien die Stimmenabgabe der deutschen Sozialparteien durch bestimmte Konzessionen erkaufen habe, stellte er fest, daß die Nachrichten der Wahrheit nicht entsprechen. Die Partei wisse von feinerlei solchen Verhandlungen, habe mit niemandem über Konzessionen verhandelt und werde solchen Konzessionen auch niemals zustimmen.

Die Partei stehe auf dem Standpunkte des Nationalstaates und werde von dieser Grundbedingung auf keinen Fall ablassen. Die Partei sei bereit, mit allen übrigen tschechischen Parteien, die an der Aufrechterhaltung des nationalen Charakters des Staates und an der Hebung des nationalen Gedankens und an der Reinigung des öffentlichen Lebens mitarbeiten wollen, wegen Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Bildung einer nationalen Koalition in Verhandlungen zu treten.

Das Explosionsunglück in Prag.

Sitzung des Wehrausschusses.

Freitag vormittag zog der Wehrausschuß des Senates den Bericht des Ministers für nationale Verteidigung über die Explosionskatastrophe in der Tischlergasse in Prag in Verhandlung. Als erster Redner sprach Senator Genosse Joll, der vor allem darauf verwies, daß sich seine bei der Debatte im Hause gemachten Voraussetzungen voll erfüllt haben, daß das Ergebnis der Untersuchung gleich Null ist. Der vorgelegte Bericht ist sehr weitläufig in den Nebensächlichkeiten, geht über das Wichtigste, die Explosionskatastrophe, kurz hinweg. Es werden Dinge erzählt, die einem Märchen ähneln. Der Bericht sagt, daß ordnungsgemäß auf praktischen Wagen verladen wurde, kein anderes Gefahrgutmaterial als die Handgranaten transportiert wurde und daß Selbstentzündung durch Stoß ausgeschlossen sei, wie man erprobt hat. Wie war nun doch das Unglück möglich? Es bleiben nur zwei Möglichkeiten: Es waren auf dem Wagen doch andere, durch Erschütterung leicht explodierbare Geschosse, was man aber nicht zugeht, oder die Explosion erfolgte durch die Entzündung der Handgranaten. Redner bezeichnet die transportierte Handgranate Janacek als besonders empfindlich, und dürfte es sich in diesem Fall um sogenannte „Offensivgranaten“ handeln, wie aus der Wirkung zu entnehmen ist. Durch den Transport auf ungefederten Wagen erfolgte die Entzündung der Zündnadel und beim Auffahren deren Ausstoßen. Redner bringt den Unfall beim Ueben im Handgranatenwerfen in Poptav zur Sprache und verlangt Untersuchung und Aufklärung. Die Übungen mit scharfen Handgranaten forderten schon unzählige Opfer, sie sind zwecklos, weshalb ihre Auflassung gefordert werden muß. Der nächste Redner, Senator Nowak (tschechischer Sozialdemokrat), zerplückt die angeführten Nebensächlichkeiten des Berichtes und weist nach, daß man ihn bei seinen Erhebungen abfällig in die Irre führen wollte. Senator Dyl sieht in dem Unglück eine mit Absicht herbeigeführte Mordtat und bringt indirekt die Kommunisten damit in Verbindung. Senator Koucky (Kommunist) vertahrt sich gegen diese Unterschlebung. Der Bericht des Ministers wird von der Mehrheit zur Kenntnis genommen. Senator Genosse Joll beantragt noch, am selben Tage eine Sitzung des Ausschusses einzuberufen, auf deren Tagesordnung lebhaft sein Antrag auf Erhebung der Mannschäftsbühnung steht. Dieser Antrag wird abgelehnt, jedoch beschlossen, daß diese Sitzung nächste Woche Donnerstag stattfinden soll. Daraus Schluß der Sitzung

Das „Christentum“ unserer Meritalen.

Rede des Genossen Niehner zur Kongrua-Erhöhung.

Prag, 26. Juni. In der gestrigen Kongrua-Debatte nahm Genosse Niehner die Gelegenheit wahr, um die ganze Frechheit der Meritalen aufzudecken, die sich zuerst in einem schändlichen Tauschgeschäft gegen die Fülle ihrer Weisheit eine Kongruaerhöhung erhandeln und dann noch die Stirn haben, mit bewegten Worten — den Sozialdemokraten Mangel an sozialer Einsicht vorzuwerfen, daß sie das Elend der niederen Weisheit nicht sehen wollten, das durch die Kongruaerhöhung eben gemildert werden müsse.

Diesem Kammergespräch gegenüber verwies Genosse Niehner auf die ungeheure Not in den Schichten des Proletariates, das die Kongrua durch eine neue Verschärfung seines Elends teuer bezahlen muß, legte den Zwiespalt bloß, der zwischen der Lehre Christi und den fallungsabollen Predigten seiner Stellvertreter auf Erden über die gottgewollte Scheidung zwischen arm und reich liegt, und übte eine geradezu vernichtende Kritik an der sozialen Einstellung der Kirche und ihrer Diener, die stets auf Seite der Ausbeuter zu finden sind.

Nachstehend die Ausführungen Niehners:

Wir sollen eine Gehaltserhöhung an die Seelensorgerschaft und an die kirchlichen Beamten bewilligen; zur Begründung dieser Forderung wird angeführt, es gebe einem großen Teil der Geistlichkeit schlecht, sie leide Not. Ich muß darauf antworten: es geht heute, nach den Zerstörungen des Krieges, dem größten Teil der Bevölkerung schlecht. Es herrscht im Lande eine Not, wie sie lange vorher nicht in gleichem Maße geherrscht hat. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit, viele Zehntausende, die nicht voll beschäftigt werden können, die Kurzarbeit leisten müssen, sind das Kennzeichen einer schweren Krise. Die Löhne sind verärgert niedrig, daß sie tief unter dem Existenzminimum, unter dem Maß des für das Leben Allernotwendigsten stehen, kurz, es herrschen Verhältnisse, wie sie ärger kaum vorstellbar sind.

Die Fürsorge, die man gegenüber der Geistlichkeit zeigt, hätte man in erster Linie der Masse der verelendeten Proletarier angedeihen lassen müssen, denen aber, statt Hilfe, eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung beschert wird.

Unter den gezählten 74.000 Arbeitslosen gibt es nur 24.000, die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Um alle übrigen kümmert sich niemand. Da verteidigt man auf der Not des niederen Klerus. Es sei nicht zuzugestehen, daß es einem großen Teil der kleinen Geistlichkeit nicht rosig geht, daß er schlecht entlohnt wird. Aber selbst den Schlechtestentlohnten unter den Geistlichen geht es nicht am schlechtesten. Sie sind, auch wenn man den Intelligenzgrad berücksichtigt, noch lange nicht die schlechtestbezahlte Schicht. Sie haben vor allem ein ordentliches Obdach über ihrem Kopfe; sie müssen sich um ihre Existenz nicht sorgen, denn von dem Moment an,

wo ein Geistlicher aus dem Alumnat herabgeht, braucht er nicht mehr zu zittern, daß er seine Existenz einbüßt,

während heute nahezu jeder andere Staatsbürger vor der Gefahr steht, seine Existenz zu verlieren.

Es werden zur Begründung der Behauptung der schlechten Lage des niederen Klerus Ziffern angeführt; diese Ziffern sind aber zum großen Teil Blendwerk. Man kann ja jemandem, der die Verhältnisse nicht kennt, vorpiegeln, daß die Einnahmen mancher Pfarrer wirklich monatlich nur 600 bis 700 Kronen betragen, in Wirklichkeit ist es aber nachgewiesen, daß die wirklichen Einnahmen der meisten weit höher sind. Es ist doch ein öffentliches Geheimnis, daß die Berechnung des Ertrages der Pfarrgründe nicht nach dem wirklichen Ertrage erfolgt, sondern daß sicher alle Pfarrer bis jetzt ihre Einnahmen aus dem Grundbesitz nach dem Katastralertrag veranschlagt haben, wie er vor weit über 200 Jahren berechnet wurde, und der einen verschwindend sicheren Betrag ausmacht, während die wirklichen Einnahmen vielfach tausende Kronen betragen haben.

Dem Staate haben sie als Einnahmen eben nur wenige Kronen berechnet und sich von ihm die Kongrua draufzahlen lassen, obwohl ihre Einnahmen in Wirklichkeit höhere waren. Genau so war es auch mit den Stologiebühren. Diese berechnen sie noch immer nach der alten Stologie aus dem Jahre 1750!

Haben die geistlichen Herren, die so dem Staate eine falsche Rechnung vorgelegt haben, nicht ihr Gewissen beschwert?

Ich möchte auch meine Verwunderung darüber aussprechen, daß die Meritalen gerade in diesem Falle, wo es sich um die materielle Lage der Geistlichkeit handelt, plötzlich die Armut als ein schweres Uebel ansehen.

Nach der christlichen Lehre ist ja die Armut kein Uebel, sondern sie wird geradezu als nachahmenswert gepriesen, und es als ein Merkmal eines guten Geistes hingestellt, wenn man sich seiner habe entschiedig. Christus hat nichts gehabt, wo er sein Haupt hätte niederlegen können. Was soll man aber zu jenen Kirchenfürsten sagen, die Schlüssel besitzen und ungeheuren Grundbesitz haben?

Ich habe hier den Hirtenbrief des hochwürdigsten Herrn Bischofs von Leitmeritz zu den

öffentlichen Wahlen im Jahre 1920; darin wird gesagt:

„Vorerst lehrt der Herr, daß es töricht ist, das Glück in den wechselnden irdischen Gütern zu suchen, Standesgemäße fleißige Arbeit und ein diesem Fleiß gleichkommendes Vertrauen auf die Güte Gottes ist Pflicht jedes Christen. Die unerfülllich große Gier kann nur gebrochen werden durch das Beispiel jener, die diese Leidenschaft mit Füssen treten und das Geld verachten. Das ist das größte von dem Geiste des Christentums. Daher lehrt der Herr der Gnade hier die freiwillige Armut derjenigen entgegen, die von ihm berufen sind.“

Wer sind diese Berufenen? Doch wohl nur die Diener der Kirche, die Priester.

„Diejenigen aber“, heißt es in diesem Hirtenbrief weiter, „die trotzdem der Habgier weihen dienen, sollen wissen, daß ihrer die ewige Verwerfung harret. Die freiwillige Armut als Engel der Barmherzigkeit an der leidlichen Armut sei wieder als Kulturfaktor gesucht und geschätzt, damit diejenigen, die den Glauben an Gott und die Menschen verloren haben, sich wieder in die Ordnung der Gesellschaft einfinden.“

Das ist wohl eine Aufforderung an diejenigen, die „für zu dienen“ berufen sind; die sollen die freiwillige Armut auf sich nehmen. Aber wir sehen nicht, daß Sie diese Mahnung befolgen!

Wenn der Herr Bischof von Leitmeritz seinen Gläubigen verkündet, daß Armut etwas Erstrebenswertes ist, warum jängt er nicht selbst an, warum munkelt er nicht seine Kollegen dazu auf, dieses Beispiel zu geben? Es wäre doch nur gerecht, wenn sie von dem Ueberflusse, den sie haben, etwas ausgleichen würden.

Wir sind durchaus nicht dagegen, daß die Geistlichkeit entlohnt und gut entlohnt wird. Es ist nur die Frage, wer sie entlohnen soll? Da wäre es in erster Linie Pflicht der Kirche selbst, etwas von ihren ungeheuren Einkünften zu opfern zur Besserung der Lage und zur Befreiung der Armut des armen Klerus! Die Erhaltung der Priester, die die Beamten einer bestimmten Religionsgenossenschaft sind, ist eben Sache der betreffenden Religionsangehörigen und nicht Aufgabe des Staates, und es geht nicht an, daß die Steuerträger hierzu bemüht werden. Wenn ich ein gläubiges Mitglied der katholischen Kirche wäre, würde ich es mit Entrüstung zurückweisen, daß man auch Ungläubige, auch Angehörige anderer Religionen dazu verhält, für die Diener und Beamten der katholischen Religionsgenossenschaft Beiträge beizusteuern. Das ist nicht moralisch, und gerade die Herren Geistlichen müßten sich dagegen verwahren. Allerdings fällt einem hier wieder das besagte Wort vom guten Willen der Kirche ein, der noch so manches andere zu vertragen imstande ist.

Man sagt uns, daß das, was den Geistlichen mit der Kongrua gegeben wird,

nur etwa 38 Millionen

betrage. Vor allem muß man entscheiden die Nichtigkeit dieser Höchstgrenze anzuweisen. Für diese Behauptung fehlt jeder Beweis und auch der Motivenbericht gibt sich keine Mühe, dies detailliert darzutun. Aber nehmen wir an, es sind nur 38 Millionen. Mühte man mit diesen 38 Millionen jährlich nicht Notwendigeres durchzuführen, nicht ärgeres Elend stiften, als daß man es zur Aufbesserung der Gehälter der geistlichen Herren verwendet, die sich ja hauptsächlich „auf das Jenseits“ vorbereiten?

Ueberall und immer hören wir das Wort: Sparen!

Es wird abgeplaudert bei wichtigen Dingen, bei der Arbeiterfürsorge; unsere Spitalskassen schreit zum Himmel; unsere Armenversorgung liegt darnieder. Dennoch hat man nicht gefragt, woher man das Geld nehmen soll. Bei den Staatsbeamten hat man für eine Bedeckung gesorgt; man hat gleichzeitig mit der Besoldungsvorlage neue Steuern verlangt, die Erhöhung der Zunder- und der Spiritussteuer beschlossen, man plant eine Erhöhung der Eisenbahntarife und wird aus den Pöhlen hunderte von Millionen Kronen einnehmen und behaupten, daß man sie für die Staatsangehörigen verwenden wird. Man behäftet die Staatsangestellten mit dem Signa, daß sie es sind, welche der Bevölkerung das Leben verteuern.

Aber bei den Geistlichen hat man nicht nach der Bedeckung gefragt, da hat es einfach geheißen: die Bedeckung folgt aus dem Religionsfonds,

der einen Reinertrag von 2.7 Millionen Kronen jährlich aufweist, was kaum auf das Salz für die Geistlichkeit hinreicht. Diese Verursacher der Religionsfonds ist eine reine Fiktion; Tatsache ist, daß man nur Staatsgelder und Steuer-gelder für die Bedeckung der Kongruavorlage verlangt.

Die Kongrua soll überdies nur eine Abschlagszahlung auf die „berechtigten Forderungen“ der katholischen und sonstigen Geistlichkeit sein. Es hätte mich gewundert, wenn die Meritalen diesmal aus ihrer Rolle der Verfolgten gefallen wären.

Die Meritalen sind immer verfolgt, immer unterdrückt und nie zufrieden.

In Wirklichkeit sehen wir aber, daß die Kirche im Staate eine ungeheuerere Macht geworden ist, eine politische Macht, und diese Mächte dürfen nur die Vorbereitung für beachtlichste weitere Schröpfungen sein. Gegenüber diesen unberechtigten und unwahren Mächten stelle ich kurz den Tatbestand fest, daß der Höchstgehalt, den jetzt ein Geistlicher bezieht, nach der neuen Kongruavorlage der Mindestgehalt sein wird! Ein Kaplan wird mehr als ein Absolvent einer Hochschule erhalten, weil er ja noch Anspruch auf eine Naturalwohnung besitzt.

Tatsächlich wird die Geistlichkeit die absolut und relativ am besten bezahlte Beamtenschaft im Staate sein!

Darum ist dieses Gesamtmaß, das jetzt erhoben wird, geradezu empörend. Am empörendsten aber ist es, wie es zur Einbringung dieser Kongrua überhaupt gekommen ist:

am empörendsten ist das Tauschgeschäft,

das von Klerikern und Meritalen abgeschlossen wurde. Am selben Tag, an dem wir hier die Forderungsvorlage abgestimmt haben, wurde auch schon die Kongruavorlage in abgeklärtem Verfahren dem Ausschuss überwiesen.

Sie trauen einander nicht.

Sie haben wohl einen Pakt geschlossen, aber die christlichen Herren gehen auf Nummer sicher und drängen darauf, daß die Sanctionierung des einen Gesetzes nicht früher und nicht später als die des anderen erfolgt.

Soweit ich Kenntnis habe, befindet sich unter den gesamten Mehrheitsparteien nicht ein einziger Jude.

Aber das Geschäft, das da geschlossen wurde, das erinnert an das allerhöchste Galizien.

Ich glaube, daß die schäblichste Chabrüs gewiß Bedenken hätte, einen solchen schmähligen Handel abzuschließen, wie ihn diese Patentchristen abgeschlossen haben,

damit es den Geistlichen, die die Armut als Verdienst predigen, besser geht, helfen sie das Brot verteuern!

Sie sagen, es wäre im Interesse der Landwirtschaft notwendig gewesen. Sie haben aber nicht immer so gesprochen. Ich habe hier die christlichsoziale „Deutsche Presse“ aus der Zeit vor der Wahl. Damals hat man behauptet, man dürfe nicht den Bund der Landwirte wählen:

„Der Bund der Landwirte ist wie die Sozialdemokraten eine Standespartei. Sie vertritt daher einseitig und besagen nur die Interessen eines Standes und trägt so dazu bei, die Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsständen zu verschärfen, statt sie anzugleichen. Alle müssen miteinander leben und einer ist von dem anderen unabhängig. Eine Bauernkassenpartei ist aber von vornherein und auf ewige Zeiten verurteilt, eine Minderheitspartei zu sein... Jedem Bauer stehen mindestens zehn Nichtbauern gegenüber. Darum ist es ein Unglück, einen Stand gegen den anderen zu mobilisieren.“

Und nun sehen wir die Herren Meritalen mit Hilfe des einen Standes gegen den anderen mobilisieren, ebendieses deutschen Christlichsozialen, die vor den Wahlen behauptet haben, auf einen Bauern kämen zehn Nichtbauern. Diesem kleinen zehnpromentlichen Bruchteil helfen die übrigen 90 Prozent durch die Verteuerung der Lebensmittel.

Jedem Priester, der bei Entgegennahme des erhöhten Gehaltes sich vorstellt, daß draußen die Proletarierkinder deshalb weniger Brot zu essen bekommen und an Krankheiten dahinsinken, mühte sich das Herz im Leibe zusammenkrampfen und jeder Bissen im Munde umdrehen, bei der Entgegennahme eines solchen Sündengeldes, das herausgepreßt ist aus dem entsetzlichsten Elend der armen Menschen.

Da wagt man es, uns noch vorzutwerfen, daß wir sozialen Erwägungen nicht zugänglich sind und nicht die Not erkennen wollen, unter der die Geistlichkeit leidet. Sprechen Sie doch nicht von sozialen Erwägungen!

„Sozial“ ist in dem Titel, den die Christlichsozialen führen, genau so ein Ausruf, wie das Wort „christlich“.

Ich leugne nicht, es gibt unter den Christen sehr viele gute Menschen wie unter den Angehörigen jeder Religion. Darauf kommt es nicht an, daß es katholische Fürsorgeanstalten, daß es Nonnen gibt, die mit Verleugnung alles Irdischen sich der Pflege armer Menschen widmen. Das hat niemand geleugnet; ist es doch höchstens ein Beweis für die Güte im menschlichen Wesen, daß sich immer wieder Menschen finden, die alles hintansetzen und nur dem anderen leben. Das beweist aber nichts für die Kirche.

Was ist das Ergebnis des Verkündens des christlichen Evangeliums durch fast 2000 Jahre?

Diese Idee hat Bankrott erlitten! Was ist denn in den 2000 Jahren geschehen? Welche Probleme hat die Kirche, die 2000 Jahre unumschränkt geherrscht hat, gelöst?

Die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft sind krasser und klassender als je!

Und wie will die Kirche, die große soziale Not, das ungeheure Uebel des Massenelends lindern und beseitigen? Wie löst sie die soziale Frage? Man beruft sich da mit großer Begeisterung auf den Papst Leo XIII, der eine Enzyklika über die Arbeiterfrage erlassen hat. Was sagt Leo XIII. hierin über die Arbeiterfrage?

Vor allem sei von der einmal gegebenen unüberänderlichen Ordnung der Dinge auszugehen, worauf in der bürgerlichen Gesellschaft eine Gleichmachung von hoch und niedrig, von arm und reich, schlechthin nicht möglich sei. Es mögen die Sozialisten solche Träume zu verwirklichen suchen, aber man kämpfe umsonst gegen die Naturordnung an. Dieser Zustand also der heutige sei aber ein sehr zweckmäßiger, sowohl für den einzelnen, wie für die Gesellschaft!

Wenn die Bestie Kapitalismus frei und ungehemmt taten darf, das finden die Meritalen vollständig in Ordnung und das Rezept, das sie vorschlagen, heißt: Demut, Bescheidenheit, Ergebenheit in sein Los, kein Mühen an den Grundfesten dieser entsetzlichen menschenmordenden Gesellschaft; es ist gottgewollt, es ist naturgewollt, es ist unfehlbar, der Papst hat es verkündet.

Das reden Sie uns von sozialen Erwägungen?

Glauben Sie denn, wir haben es vergessen, daß die Kirche und ihre Diener seit jeher und heute vielleicht mehr als je die Todfeinde des Aufstieges der proletarischen Massen ist?

Glauben Sie, wir haben es vergessen, daß in einem der letzten Hirtenbriefe die tschechoslowakischen Bischöfe des gesamten Episkopates alle, welche Angehörige der sozialistischen oder kommunistischen Partei sind, oder seien sie auch nur Mitglieder der freien sozialistischen Gewerkschaften, ewige Verdammnis und Höllenstrafen angedroht haben, daß hier der unerhörteste Terrorismus auf die Gläubigkeit der Menschen angewendet wird zu Zwecken der Meritalen Partei?

Glauben Sie, wir sehen es nicht, daß die Kirche immer wieder nur an der Seite der Mächtigen, der Regierenden, der Herrschenden und der Reichen

steht, daß sie alle ihre Kräfte darauf verwendet, um gegen die Armen, gegen die Mühseligen und Beladenen Stellung zu nehmen? Ihre sozialen Erwägungen werden erst lebendig, wenn es sich um die eigene Tasche handelt, aber wenn Arbeiter einen Streik zur Eringung eines größeren Stückchens Brot führen, dann erklären Sie: Laßt Euch sagen, das ist eine Auslehnung gegen Gottes Weltordnung. Ihr dürft auf Eure Arbeitgeber keinen ungeseligen Druck ausüben!

Im Vorjahr hat in Stockholm eine Weltkirchenkonferenz getagt, an der Vertreter aller kirchlichen Genossenschaften — mit Ausnahme der katholischen — teilnahmen. Von dieser Kirchenkonferenz ist nach Beendigung des Krieges eine Botschaft an die Welt ergangen, die wert ist, im Gedächtnis behalten zu werden. Es heißt darin:

„Wir bekennen vor Gott und den Menschen die Irrtümer und Fehler der Kirche. Wir haben in Mitleid und Liebe versagt, an den arbeitenden Massen, insbesondere haben unzählige Seelen, die Gerechtigkeit und Wahrheit suchen, sich vom Erlöser getrennt, weil gerade diejenigen, die sich auf ihn bezogen haben, so unvollkommen den Herrn vertreten haben, der mild und demütig von Herzen ist. Wozu ist nun die Kirche berufen? Zur Reue, aber gleichzeitig zur Zuversicht. Denn sie besitzt in Gott eine unerschöpfliche Quelle.“

Alle Kirchen haben da versprochen, Buße zu tun. Die Bischöfe und Vertreter aller kirchlichen Gemeinschaften haben in Stockholm nach langen Beratungen die Erkenntnis geschöpft, die Kirche habe versagt. Nur die katholische Kirche will dies nicht zugeben. Nur die katholische Kirche verharrt auf dem Standpunkt, auf dem sie seit jeher gestanden ist. Seit die Bewegung des Christentums eine Religion geworden ist, eine Institution, eine politische, wirtschaftliche und soziale Macht, seitdem hält sie es immer nur mit denen vom großen Geldsack und ist Feindin derer, die nichts haben.

Es geht in diesem Falle nicht bloß um die Gehaltserhöhung der Geistlichen,

es geht auch um eine Machtsprobe, welche der Merkantilismus liefern wollte und mit Erfolg geliefert hat.

Als die tschechoslowakische Republik gegründet wurde, stand als eine der ersten Verheißungen die Regelung des Verhältnisses, die Trennung zwischen Staat und Kirche auf dem Programme. Wenn man das heute hört, klingt es wie ein Märchen aus uralten Zeiten. Wie hat sich alles in den kaum acht Jahren seit Gründung dieses Staates verändert. Von der Trennung der Kirche vom Staate ist man ausgegangen; wiederholt hat es Regierungen gegeben, die dies als Programm aufgestellt haben, und heute halten wir — bei der Kongrua, die den Staat, die ganze Bevölkerung der Kirche und ihren Angehörigen geradezu tributpflichtig macht.

Diese Entwicklung kann uns nicht überraschen.

Das Proletariat ist in diesem Staate aus nationalen und anderen Gründen infolge seiner Zersplitterung zu sich wach gewesen, um diesem Ansturm standzuhalten und diese Machtsprobe zugunsten des Freiheits zu entscheiden. Wir sehen dieselbe Entwicklung im tschechischen Bürgertum sich

Protestversammlung in N'zdorf. Die am Donnerstag, den 24. Juni von den politischen Parteien und den Gewerkschaften gemeinsam abgehaltene Protestversammlung gegen die Zölle war gut besucht. Für die sozialdemokratische Organisation sprach Gen. Knyz aus Schladtau und für die Kommunisten Wid aus Reichenberg. Gen. Knyz schilderte die politische Situation seit den 15. Nov. 1925 und die damit verbundene Stärkung der bürgerlichen Parteien und deren polit. Auswirkung in der arbeitfeindlichen Gesetzgebung. Die Arbeiter, welche in Verkennung ihrer Klassenlage den Christlichsozialen ihre Stimme gegeben haben, genießen jetzt einen politischen Aufschauungsunterricht nicht nur in der Einführung der festen Getreidezölle, sondern auch in der ganzen Gesetzgebung. Die jetzigen Zollparteien werden auch die Mehrheit bilden bei der Erhöhung der Zuder- und Spiritussteuer und der Eisenbahntarife. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muß es nun sein, die ungebildete Masse der Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, sie einzuschulen, den Kampf für ihre Interessen zu führen und so wird es uns möglich sein, den Ansturm der bürgerlichen Reaktion abzuwehren. Hierauf sprach noch der Kommunist Wid, dessen Ausführungen in der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung auslief, was bei manchem Teilnehmer Kopfschütteln auslöste. In der Debatte sprachen noch Schwarz, Weigel und Mittel, welche sich mit örtlichen Fragen beschäftigten.

Die tschechoslowakischen Arbeiter und Angehörigen in Oesterreich. Die österreichische Gesandtschaft (Presseabteilung) in Prag ersucht um Aufnahme folgender Mitteilung: In zahlreichen Zeitungsartikeln wird in der letzten Zeit in der Tschechoslowakischen Republik auf das angeblich rassistische Vorgehen der österreichischen Behörden gegen tschechoslowakische Staatsangehörige in Oesterreich auf Grund des österreichischen Inländerbeschäftigungsgesetzes hingewiesen. Die österreichische Gesandtschaft in Prag (Presseabteilung) teilt mit, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprechen, da den tschechoslowakischen Staatsangehörigen in Oesterreich bezüglich ihres Aufenthaltes und ihrer Beschäftigung in keiner Weise eine ungünstigere Behandlung zuteil wird als den österreichischen Staatsangehörigen in der Tschechoslowakischen Republik. In Oesterreich ist die Frage der Berufsausübung durch Ausländer gesetzlich geregelt. Personen, welche sich seit dem 1. Jänner 1923 in Oesterreich ständig aufhalten, werden den Inländern gleichgestellt. Personen, welche schon am 1. Jänner 1926 in Stellung waren, können ohne Bewilligung der Behörde in dieser Stellung verbleiben. Alle übrigen dürfen nur mit Bewilligung der zuständigen Behörde angestellt werden. Trotz der außergewöhnlich großen Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich, welche die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei um das Sechsfache übersteigt, wird diese Bewilligung bei Vorliegen triftiger Gründe, insbesondere auch aus Familienrücksichten und aus Gründen der Menschlichkeit, gegeben. So erhielten im Jänner 1926, im März 1926 und im April 1926 Ausländer diese Arbeitsbewilligung, für welche nur eine geringfügige Verwaltungsgebühr eingehoben wird. In der Tschechoslowakischen Republik ist die Frage im Verordnungsweg geregelt, und zwar benötigen jene Personen, welche seit dem 30. April 1923 in der Tschechoslowakischen Republik ständig wohnhaft waren, zu ihrer Berufsausübung als Angestellte keine Bewilligung. Alle übrigen müssen jedoch die Bewilligung des zuständigen Landesamtes einholen, für welche eine Verwaltungsabgabe von 20 bis 1000 Kč eingehoben werden kann und die in der Regel mit 200, 400 und 600 Kč bemessen wird.

Eine rätselhafte Krankheit. In Leonbrunn in der Nähe von Heilbrunn tritt dem „Berliner Tageblatt“ zufolge eine rätselhafte Krankheit mit

toottem Ausgange auf, die bereits zwei Opfer gefordert hat. Ein Arbeiter erblindete auf dem Wege zur Arbeitsstelle und starb kurz darauf unter großen Schmerzen. Unter ähnlichen Erscheinungen starb ein neunjähriger Knabe. Ein 23jähriges Mädchen liegt schwer krank darnieder. Ueber den Verlauf der Krankheit wird berichtet: Der Hals entzündet sich ähnlich wie bei Diphtherie, die Kranken erblinden und das Blut wird vergiftet, so daß schließlich der Tod unter heftigen Krämpfen eintritt. Eine Blutprobe der Leiche des Knaben wurde an die Universitätsklinik nach Tübingen gesandt.

Der Weltreiserecord. Die amerikanischen Journalisten Evas und Wills, welche die schnellste Weltreise planen, sind am 25. ds. aus Moskau abgereist und landeten am 25. ds. in Tomsk. An diesem Tage flogen sie nach Tschita. Das vom Piloten Kopylow geleitete Flugzeug durchflog 2500 Kilometer in 20 Stunden und blieb ununterbrochen volle elf Stunden in der Luft. Die beiden Reisenden sandten ein Telegramm nach Moskau, in welchem sie erklären, daß Kopylow der beste Flieger sei, dem sie bisher begegnet seien.

Der Krieg der Hungerkünstler und der Wirte. Ein furioser Konflikt ist in Belgrad ausgebrochen. Dort veranstaltete der russische Journalist Surovin eine Reihe von Vorträgen über das Thema, wie man sich durch Hungerkuren die Gesundheit erhalten könne. Nach der Ansicht des Vortragenden, der selbst nur von einem Minimum an Nahrungsmitteln vegetarischer Art lebt, ist das Hungern instand, alle Krankheiten zu heilen. Die Vorträge hatten zum nächsten die Folge, den größeren Teil der russischen Kolonie, die im öffentlichen Leben Belgrads eine große Rolle spielt, zu merklichen Einschränkungen ihrer Lebensweise zu veranlassen. Eine große Anzahl von Personen hat seit zwei Wochen das Essen vollständig aufgegeben und erhalten ihre Lebensgeister ausschließlich durch Wassertrinken, durch Tabak und Bäder wach, denn sie behaupten, daß man mehrmals im Jahr eine vierzigstägige Fastenkur mitmachen müsse, wenn man den Körper von unreinen Säften befreien wolle. In einer Vorstadt hat sich eine andere Hungerkünstlergemeinschaft gebildet. Die diesem Beispiel folgt, und man glaubt, daß die Epidemie noch weiter um sich greifen wird; schon heute zählt man mehrere hundert Russen, die das Essen völlig eingestellt haben. Die Beschädigten dabei sind natürlich in erster Linie die Besitzer der zahlreichen russischen Speisehäuser, die sich schon ruiniert haben, da seit Beginn der Hungerkur ihrer Landsleute ihre Einnahmen sichtbar zurückgegangen sind. Sie haben sich nunmehr an das Ministerium des Innern gewandt und ein Einschreiten der Behörde gegen die nach ihrer Ansicht sinnlose Propaganda des russischen Journalisten gefordert.

Einer, der für sein Buch sterben wollte. Die Pariser Presse berichtet über einen Selbstmordversuch, dessen Vorgeschichte außergewöhnlich ist. Der 35jährige Philipp Celerier hatte sich fünf Revolverkugeln in den Kopf gesetzt, weil er damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein philosophisches Werk „Die Doktrin der Evolution“ lenken wollte, an dem er 27 Jahre gearbeitet hatte. Der sozialistische Deputierte Gen. Leon Blum hatte unter seiner Post ein kleines Paket und einen Brief gefunden, worin Celerier ihn ersuchte, er möge die Handschrift, die er ihm überlassen, als Buch herausgeben. Er sei überzeugt, daß das Werk viel Gutes schaffen werde und er habe deshalb beschlossen, dafür zu sterben. Drei Tage darauf erhielt Deputierter Blum einen zweiten Brief aus dem Krankenhause, worin Celerier ihm mitteilte, daß er sich fünf Revolverkugeln in

den Kopf geschossen habe, aber wie durch ein Wunder am Leben geblieben sei. Einem Pressevertreter erklärte Celerier auf dem Krankenbett:

„Ich kenne niemanden, ich habe keine Beziehungen, ich verlange nur eines, man möge mein Manuskript lesen. Die Kritiker mögen es lesen, meine Meinung zählt nicht, aber sie mögen die ihre sagen.“

Der Bequemlichkeit der Reisenden wird, wie die Direktion der Staatsbahnen Prag-Tüb verlautbart, auf dem Wilsonbahnhofs in der Räumlichkeit gegenüber der Zeitungsverkaufsstelle noch eine mit der Nr. 2 beschriftete Gepäckgarde errichtet werden. Bei dieser Garde werden Gepäckstücke auch auf halbe Karten, halbe Visitenkarten usw., soweit der Raum reicht, angenommen werden.

Weiteres. **Wahlversammlung im Dorf** betreffend den Volksentscheid über die Fürstenabfindung. Die Sozialdemokraten haben sie einberufen, aber es sind auch andere erschienen, nicht zuletzt der Herr Barrer, um im rechten Augenblick einzugreifen. Der Augenblick kommt, als der rote Redner im Buch der Geschichte blättert und erzählt, wie einst deutsche Fürsten ihre Landesfinder für schönes Geld an England veräußerten. Der Barrer unterbricht: „Aber so kommt doch nicht mit den alten Geschichten, es geht doch um die Fürsten von heute!“ Der Sprecher gerät nicht in Verlegenheit. Schlagfertig blickt er zurück: „Aber Herr Barrer, wenn Ihr uns was beweisen wollt, so fangt Ihr doch sogar bei Adam und Eva an!“ Und hat die Feder auf seiner Seite.

Die Bäuerin geht ins Wochenbett. Sie hat es schwer und kreischt und stöhnt und weint. Der erschütterte Mann sitzt am Bett, hilflos und mitleidig, und endlich meint er mit. Da schreit die Frau ihn an: „Was heißt Du denn? Es ist ja gar nit von Dir!“

Volkswirtschaft.

Der tschechoslowakische Außenhandel im Jahre 1926.

Im „Obzor Narodohospodarsky“ veröffentlicht Dr. Karl Uhlig eine Uebersicht über die Entwicklung des tschechoslowakischen Außenhandels im ersten Halbjahr 1926. Die Ausfuhr ist in dieser Zeit von 4730 auf 4166 Millionen Kč, das ist also um 564 Millionen Kč oder 12 Prozent gesunken. Zwei Momente sind es nach der Ansicht des genannten Wirtschaftstatistikers, welche die Bedeutung dieses Ausfuhrrückganges abschwächen. Das eine ist der Rückgang der Großhandelspreise gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um neun Prozent und der allgemeine Rückgang des Welthandels. Der Ausfuhrrückgang beträgt für dieselbe Zeit für Frankreich 19 Prozent, für Belgien und die Schweiz 13 Prozent, für Amerika 12 Prozent, für England 9 Prozent, Niederlande 6 Prozent, Italien 3 Prozent. So schauen die Dinge in den Weststaaten aus. Ebenso ist dieser Rückgang bei den Nachfolgestaaten festzustellen und zwar beträgt er bei Jugoslawien 15 Prozent, bei Polen 14 Prozent und bei Oesterreich 6 Prozent. Gestiegen dagegen ist die Ausfuhr bei Rußland um 42 Prozent, Deutschland um 23 Prozent, Magyaren um 20 Prozent und Schweden um 5 Prozent.

Was den Rückgang der tschechoslowakischen Ausfuhr auf den einzelnen in Betracht kommenden Märkten betrifft, so ist auf dem Donaumarkt zwar die Ausfuhr um 5 Prozent gestiegen, was jedoch nur auf die vorübergehenden Lieferungen von Schiefmaterial nach Jugoslawien zurückzuführen ist. Rechnet man das ab, so beträgt der Rückgang 9 Prozent. Katastrophal geradezu ist der Rückgang auf dem polnischen Markt, wo er 71 Prozent beträgt, auf dem deutschen Markt (34 Prozent) und in Westeuropa 27 Prozent. Nur in das übrige Ausland, besonders nach Uebersee ist die Ausfuhr um 10 Prozent gestiegen. Während jedoch die Tschechoslowakei auf

dem Donaumarkt in Wirklichkeit einen Rückgang erfahren hat, ist die deutsche Ausfuhr auf dem Donaumarkt um 14 Prozent gestiegen, ein Beweis dafür, daß wir in den Nachfolgestaaten immer mehr von Deutschland aus dem Felde geschlagen werden. Selbst in Polen, das sich doch mit Deutschland im Zollkrieg befindet, ist unser Rückgang größer als der Deutschlands. Der Rückgang der tschechoslowakischen Ausfuhr beträgt hier nämlich 77 Prozent, der Rückgang Deutschlands nur 62 Prozent. Ebenso wie Polen seine Ausfuhr droffelt, was zum Rückgang der Ausfuhr aller Staaten nach Polen geführt hat, geht auf dem deutschen Markt infolge der Einschränkung der Ausfuhr die Ausfuhr aller Staaten gleichfalls zurück. So ist die Ausfuhr der Tschechoslowakei auf dem deutschen Markt um 46 Prozent, Englands um 57 Prozent, Polens um 50 Prozent und Oesterreichs um 44 Prozent zurückgegangen. Auf dem westeuropäischen Markt wieder erliegt die Tschechoslowakei der Konkurrenz Deutschlands. Während die Ausfuhr der Tschechoslowakei nach Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande und die Schweiz um 31 Prozent zurückgegangen ist, (auch England ist auf diesem Markt um 17 Prozent zurückgegangen) hat Deutschland 24 Prozent gewonnen. Ebenso ist auf dem englischen Markt die Ausfuhr der Tschechoslowakei um 28 Prozent zurückgegangen (unser Zuder erliegt der Konkurrenz des Kolonialzuders), während die Ausfuhr Deutschlands um 38 Prozent gestiegen ist.

Die Schlussfolgerungen, die Uhlig aus seinen Betrachtungen zieht, ist, daß sich die Tschechoslowakei „auf eine dauernde Umschichtung auf dem europäischen Markt zugunsten der deutschen Ausfuhr“ einrichten und „an die harte Wirklichkeit, daß un're Ausfuhr nunmehr unter dem stärksten Druck ist, gewöhnen muß“. Die Schicksalsfrage der tschechoslowakischen Industrie ist, ob sie sich in der Konkurrenz mit der deutschen Industrie behaupten kann.

Passivität in der Handelsbilanz Rußlands.

Nach einem Aufsatz des Genossen Abramowitz ergibt sich die nachfolgende Statistik des Außenhandels in Rußland in den letzten Jahren:

Jahr	Einfuhr in Millionen Rubel	Ausfuhr in Millionen Rubel
1921	362	18
1922	497	109
1923	265	239
1924	387	430
1925	692	550

Diesen Ziffern ist zu entnehmen, daß wohl die Ausfuhr im letzten Jahre gestiegen ist, aber die Einfuhr ist noch rascher gestiegen, so daß während 1924 die russische Außenhandelsbilanz mit 43 Millionen Rubel aktiv war, sie 1925 mit 142 Millionen passiv gewesen ist. Es sind auch für 1926 die Ausfuhr auf eine aktive russische Handelsbilanz nicht günstig, da der Hauptartikel der russischen Ausfuhr, Getreide, im Preise über den Weltmarktpreis steht und daher an einen Getreideexport vorläufig nicht zu denken ist. Eines der wirtschaftlichen Hauptprobleme für Rußland ist daher die Verminderung der Produktionskosten des Getreides sowie der teureren Verwaltungskosten, die bei der Ausfuhr entstehen.

Tabakarbeiterkonferenz. Der Verband der Tabakarbeiter beruft für den 5. Juli 1926, 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Sternberg (Mähren) eine Konferenz seiner Ortsgruppen ein. Die Konferenz wird sich mit dem neuen Beamtengesetz beschäftigen.

Proletarier-Sanatorien.

Von Klara Mautner-Wien.

Das hat immer zu den beliebtesten Traktamenten der grundsätzlichen Beschwoichtig und Lobpreis unserer gottgewollten Weltordnung gehört: die reichen Frauen müssen gerade so ihre Kinder gebären wie die armen. Sie müssen die Last der Schwangerschaft ertragen, das Bangen vor der schweren Stunde, die Schmerzen des Gebärens, gerade so wie die Proletarierin. „Gerade so“ sind sie dem furchtbaren Mysterium preisgegeben — und doch ganz anders. Wie wird die junge Frau aus den Kreisen der Bevorzugten geholt und umforgt, wenn sie der Mutterschaft entgegen geht! Jede Anstrengung wird ihr von fürsorglichen Händen abgenommen, jede trübe Stimmung weggeschertzt. Was ärztliche Kunst und eingehendste Pflege ersparen kann an Pflege und Leiden, das wird ihr erspart. Und daß sie ihre Stunde im Sanatorium erwartet, wo jede Bequemlichkeit, jede Erleichterung geboten wird, wo Ärzte jeden Augenblick zur Verfügung stehen, nun, das ist eigentlich glatte Selbstverständlichkeit. Es ist so selbstverständlich, wie bei der Proletarierin die Pflege und Naderlei so lange sie noch auf den Füßen stehen konnte und — so lange man sie arbeiten ließ. Nicht die Sorge um ihre Gesundheit bestimmt diesen Zeitpunkt, die „Schonung“ begaun, wenn der Anblick der hochschwangeren Verkaufserin, der Lehrerin, der Hausgehilfin empfindsamen Gemütern peinlich wurde. Dann hat sie die Frau immer noch Zeit, sich einen Unterschlupf im Spital zu suchen, wenn sie „ledige Mutter“ war oder sich in der engen Wohnung einen Winkel recht und schlecht vorzubereiten, wenn sie verheiratet war. Im Spital waren die Tage ihres Aufenthaltes, wenn alles „gut ging“ so knapp wie möglich bemessen, im Heim erwartete Mutter, Tante oder wer sonst die Pflege übernommen

hatte, mit Ungeduld, daß alles wieder ins Geleise kam.

Man fand das in bester Ordnung. Die allzu demokratischen Tendenzen der Mutter Natur erfordern auf diese Weise doch immerhin eine kleine, schmale Korrektur. In der letzten Zeit freilich kann man, Anstalten zu errichten, die der proletarischen Frau den schweren Tag erleichtern, die ihre Pflege und Schonung sichern sollten. Mit scheelen Augen sah die Welt des Besitzes auf diesen Fortschritt, auf die „Geschichten“, die jetzt mit dem Weib des Arbeiters gemacht werden. Und ein Sturm der Entrüstung wird durch Reichen gehen, wenn sie erst begreifen werden, was in den letzten Tagen in Wien geschehen ist. Da hat nämlich die „rote“ Krankenkasse, die Krankenkasse der Handlungsgehilfen ein geburtsärztliches Sanatorium für ihre Mitglieder eröffnet.

Natürlich heißt es nicht Sanatorium. Aber dieses Frauenheim nimmt es an Komfort mit jedem Sanatorium auf, ja es übertrifft an Vollkommenheit der Einrichtung, an übersichtlicher Organisation des ärztlichen und des Pflegedienstes jede andere Anstalt der Stadt. Schon die Lage im Villenvorort widerspricht so ganz und gar dem Begriff „Spital“ und allen verwandten Vorstellungen. Der wundervolle Garten, dem man ruhig den Titel eines Parkes verleihen kann, gewährt eine Aussicht auf die Höhen des Wienerwaldes, wie sie nur wenigen, nur den vornehmsten Sanatorien beschieden ist. Es ist ein Park, mit seinen stillen Plätzchen und seinen herrlichen Ausblicken wie geschaffen, das erste Mutterglück zu bergen.

Auch innen fehlt, trotz aller Zweckmäßigkeit der Einrichtung, das, was eine boshafte-geistreiche Fürsorgerin einmal das „weihladische Ideal“ genannt hat. Die kleinen Zimmer, für zwei oder drei Bewohnerinnen bestimmt, lassen den fatalen Eindruck: Spital gar nicht aufkommen. Es gibt sogar auch Einzelzimmer, die sind für die Unberatheten bestimmt, um ihnen die peinlichen Ver-

gleiches und schmerzlichen Gedanken fernzuhalten, die das enge Zusammensein mit glücklicheren Genossinnen aufdrängen könnte. In dieser Maßregel, die eine gewisse Bevorzugung der ledigen Mütter bedeutet, spiegelt sich der Geist freien Menschentumes, der die Anstalt und ihre Schöpfer erfüllt. Hier hat kein „huldbolles Damentomitee“ gewaltet und keine Lady-Patronen ihre Wohltätigkeit ausstoben können. Das arbeitende Volk hat seinen Frauen eine Schutzstelle geschaffen für die Tage, da jedes Weib ein heiliges Anrecht auf Schutz, Ruhe und Hilfe hat. Und weil diese Anstalt ein Werk des Volkes selbst gewesen, darum haben die Menschen, die die Bestimmungen getroffen haben, sich nicht erst mühselig die Gebote des „sozialen Taltes“ einprägen müssen, darum sind Einführungen getroffen worden. Die von tiefem, von unmittelbarem Verständnis für die Lage der proletarischen Frau zeugen. So ist, um ein Beispiel anzuführen, das Kreißzimmer in Verschläge eingeteilt, die eine Kreißende den Blicken der anderen entziehen und den Gebärenden die Preisgabe ihrer Leiden und Qualen an Zuschauer, die von vielen schmerzlich und beschämend empfunden wird, ersparen. Um ein zweites Beispiel von dem sozialen Verständnis der Leitung anzuführen: es gibt nur eine „Klasse“ in diesem Heim. Das ist bei einer Schicht von Proletariern, deren Angehörige vielfach noch den Traum vom „Mittelstand“ träumen und die soziale Empfindlichkeiten noch nicht überwunden haben, von nicht genug hoch einzuschätzender Bedeutung. Auch die „Frau Prokurist“ und die „Frau Direktor“ wird, wenn das Glück sie in die geburtsärztliche oder das Unglück eines Frauenlebens sie in die gynäkologische Abteilung des Frauenheimes führt, nicht in die Lage kommen, sich Sonderrechte zu erkaufen.

Im „Frauen-Sanatorium“ der Handlungsgehilfen gibt es nur eine Klasse, aber es ist alle Aussicht vorhanden, daß es eine erste Klasse sein wird. Was die Entrüstung bei denen, die „nicht

begreifen können, wozu das notwendig ist“, wahrscheinlich nicht verkleinern wird.

Uebrigens hat die „rote“ Krankenkasse (sie beschäftigt durchaus nicht nur Sozialdemokraten, aber alle, vom obersten Klassenleiter bis zum kleinen Bureaudienner sind vom Bewußtsein sozialer Pflicht erfüllt), schon einmal ein ähnliches Verbuchen auf sich geladen. Als sie im letzten Herbst eine Lungenheilstätte errichtete, in der — oh Schreden! oh Graus! — nicht nur Blumen auf den hübsch gedeckten Tischen standen, sondern sogar Gebärförmchen aus China Silber. Ein großer Firmenchef, der zufällig einmal die Anstalt besuchte und ebenfalls zufällig einen der leitenden Funktionäre der Krankenkassa traf, drohte neckisch scherzend mit dem Finger: Sie werden mir meine Angestellten noch ganz verderben! Wenn die hier im Sanatorium leben, wie soll's ihnen dann zu Haus gefallen. Da atmete der Sozialdemokrat tief auf, wie jemand, dem eine Last vom Herzen genommen wird: Herr Kommerzialrat, sagte er und verbogte sich lächelnd, so daß der andere nicht wahrte, ob es Ernst oder Scherz war „ich weiß Ihr Lob zu schätzen. Die Handlungsgehilfen zufrieden zu machen, ist seit dreißig Jahren das Ziel meines Lebens.“

Es soll vorkommen, daß Frauen in Gebärlinik und Entbindungshaus zum ersten Mal im Leben allein in einem Bett schlafen, es soll vorkommen, daß Kranke, die in die Lungenheilstätte geschickt werden, zum ersten Mal einen wirklichen Berg und einen echten Wald sehen, daß Nachtarbeiter zum ersten Mal gesunden Nachtschlaf finden. Daß sie, in ihr gewohntes Leben zurückgekehrt, nicht mehr bereit sein werden zum absoluten Verzicht, ist sicher.

So ist jedes der Proletarier-Sanatorien, ohne daß Politik in dem Betrieb ins Spiel käme, eine Schule des Sozialismus. Eine Schule, in der ein Ende gemacht wird mit der — „verfluchten Anspruchslosigkeit.“



Sie müssen Ihre Nerven von Grund aus besser ernähren, nehmen Sie sechs Wochen lang regelmäßig

Sanatogen

das altbewährte, durch mehr als 24.000 schriftliche Gutachten hervorragender Ärzte empfohlene **Abwehrkräftigungs- und Nervennährmittel**. Sanatogen schafft einen Kräftevorrat, aus dem jeder Wehrerbrauch an Körper- u. Nervenkraft ersetzt werden kann. Es ist vielfach preisgekrönt u. auf dem Internationalen Medizinischen Kongress in London 1913 erhielt es den Großen Preis als einziges Präparat in der Gruppe der Nähr- und Kräftigungsmittel.

Probe und aufklärende Druckschrift über Sanatogen als Kräftigungsmittel

- für Nervenleidende
- Lungenleidende
- Nagen-, Darm- u. Nierentränke
- Frauen und Kinder
- Wöhnerinnen
- bei Fleischsucht und Blutarmut
- Ernährungsstörungen
- Schwächezuständen aller Art
- auf Wunsch kostenlos und postfrei durch

Bauer & Co., Berlin SW 48, Friedrichstr. 231.
Sanatogen ist in allen Apotheken u. Drogerien in Packungen zu 10, 25, 50, 75, 100 und 140 g erhältlich.

Kleine Chronik.

Der Barbier von Kassel.

Der gefeierte Hofchauspieler W. gab vor dem Antritte in Kassel ein Gastspiel und wohnte in einem Gasthause, in welchem ein Stockwerk höher, gerade über ihm, ein Barbier schaffte. Ein Fremder, welcher eilig rasieren sein wollte, hat sich im Stockwerk geirrt. Genug, er tritt am frühen Morgen, ohne viel Umstände zu machen, in das Wohnzimmer des Darstellers, welcher im Ankleideraum eben sich zurechtrichtet, dabei seinen Bohnenkaffee eigenhändig brant und in der Meinung, es sei sein Stiefelputzer, den Eintretenden nicht weiter beachtet. „Se, holla, ist denn niemand da?“ ruft er ungeduldig nach einer Weile. Der Schauspieler, gerade beim Rasieren, beschwichtigt mit der Antwort: „Gleich!“ und beendet demgemäß seine Gesichtshygiene. Dies dauert dem ungestörten Kunden, der sich bereits vor den großen Spiegel gesetzt hat, zu lange und unwillig trägt er barisch: „Na, wird's bald?“ Der Schauspieler, noch im Morgenkleide, das Rasiermesser in der Hand, öffnet die Tür, erblickt den Unbekannten und fragt: „Was wollen Sie eigentlich von mir?“ „Rasieren sein endlich! Schnell, höchste Zeit; ich habe Eile! Seifen Sie mich ein!“ besieht er im Korporalston, lehnt den Kopf an die Stuhllehne, reckt den Hals heraus und streckt behaglich seine Beine von sich. Dem Schauspieler gefällt dieses komische Intermezzo, legt dem resoluten Fremden die nächstbeste Serviette um den Hals, seilt ihn gehörig ein und geht in seinen Ankleideraum zurück.

Der eingeseifte Gast sieht eine Welle erwartungsvoll da; als aber der vermeinte Barbier nicht wieder erscheint, flucht er alle Flüche vom Himmel über den Zänigen herab. Da auch keine Kraftsprache vertragen, springt er vom Sessel auf und reißt die Zimmertür auf, um einen letzten schredlichen Blick dem Barbier ins Gesicht zu schleudern. Aber wie vom Blitz getroffen bleibt er sprachlos stehen, da er diesen ganz gemächlich im Lehnstuhl erklückt, eine feine Zigarre rauchend und würzigen Kaffee schlürfend. „Nensch!“ schreit er dann empört, „plagt Sie denn der Teufel?“ — „Nicht doch ich wahr!“ entgegnet lechternüch der Schauspieler. — „Da!“ ruft der Fremde in gesteigerter Wut, „wollen Sie einen Narren aus mir machen? Rasieren Sie mich sofort oder...!“ vollendete er mit verächtlich vielfogender Handbewegung. — „Da müssen Sie sich schon eine Treppe höher bemühen, guter Freund! Ich seife die Leute nur ein, wenn sie es durchaus haben wollen!“ antwortete mit ironischem Lächeln der Wirt.

„Was??!“ — Sie sind gar nicht —“ „Nein, ich bin nur der Hofchauspieler W.“

Ein Augenblick stand der Fremde mit offenem Munde da. Dann stolperte er einzuseitig zur Türe hinaus, die Treppe hinauf, während der ander vor Lachen sich schüttelte. J. S.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Mit diesem lenken wir die Aufmerksamkeit unseres geehrten Leserpublikums auf die in unserer heutigen Nummer beigefaltete Beilage des Bankhauses S. Ungar, Bratislava, Venturgasse Nr. 20, und empfehlen jedem, tschechosl. Klassenlose bei diesem allgemein bestbekanntem und vom Glück besonders begünstigten Bankhause S. Ungar unverzüglich zu bestellen, wo der Haupttreffer der I. Klasse, 12. Lotterie, gewonnen und bar ausbezahlt wurde.

Kunst und Wissen.

Ein Arbeiter-Händel-Musikfest findet Sonntag und Montag in Leipzig statt. Die Eröffnungsfeste zu diesem von der Arbeiterschaft veranstalteten Fest, das ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung werden wird, fand am Sonntag nachmittag im Festsaal des Neuen Rathhauses statt. Sie wurde eingeleitet durch eine Händel-Kantate für Sologebang und bechlossen mit Männerchören der Leipziger Arbeiterfänger. Abends um halb 8 Uhr fand in der Thomaskirche die Aufführung von Händels „Samson“ statt. Am Sonntag vormittag wird in der Wörmlinghalle das Chorwerk „Derakles“ aufgeführt. Abends hält Universitätsprofessor Dr. Schering im städtischen Kaufhaussaal einen Vortrag über Händel; ihm schließt sich ein Kammermusikabend an. Die Schlussveranstaltung am Montag bringt die Aufführung der Oper „Lomercan“ im Neuen Theater.

Eine neue „Preziosa“. Das Schauspiel „Preziosa“ mit der Musik von Carl Maria von Weber, das wegen des läppischen Textbuches von R. A. Wolff fast ganz von der deutschen Bühne verschwunden war, hat jetzt durch Otto Joff eine textliche und durch Michael Zadora eine musikalische Neubearbeitung erfahren und soll in dieser Form im kommenden Herbst an einer großen Anzahl deutscher Bühnen aufgeführt werden.

Ensemble-Gastspiel der Wiener Reinhardt-Bühne: „Die Gefangene“ mit Helene und Hermann Thimig. Montag und Dienstag ein Ensemblegastspiel der Schauspieler des Theaters in der Josefstadt unter der Führung Max Reinhardts in dem dreitägigen Schauspiel „Die Gefangene“ von Edoard Bourdet. Darstellung: Helene und Hermann Thimig, Lotte Medelsky, Lina Wojwode, Dagny Serbaes, Louis Rainer und Fritz Deilus. Es finden nur diese zwei Vorstellungen statt. Jugendlichen ist der Besuch verboten.

„Theodor & Cie.“ Dieser französische Schwanf von Rancey und Armont gelangt Samstag, den 3. und Sonntag, den 4. Juli, in der Kleinen Bühne neuinstudiert zur Aufführung.

Nächstes Sonntag Operettenpremiere „Sonja“. Im Neuen Theater gelangt Sonntag, den 4. Juli, die dreitägige Operette „Sonja“ von Leo Ascher zur Erstaufführung.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute „Gräfin Mariza“, Montag, halb acht Uhr „Die Gefangene“, Dienstag halb acht Uhr „Die Gefangene“, Mittwoch 7 1/2 Uhr „Die Entführung aus dem Serail“, Donnerstag 7 1/2 Uhr „La Bohème“ Freitag „Der Zwerg“ — „Violanta“, Samstag 7 1/2 Uhr „Tosca“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute „Charleys Tante“, Montag „Der Mensch im Käfig“, Dienstag „Der 13. Stuhl“, Mittwoch „Der wahre Jakob“, Donnerstag „Der Kreidekreis“, Freitag „Slave und Bibltopf“, Samstag „Theodor & Cie.“, Sonntag „Theodor & Cie.“.

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozialdemokratischen Partei.

Mittwoch, den 30. Juni 1926, um 8 Uhr abends, im Saale des Goldenen Kreuzes, Prag II., Kelazanta,

Protestversammlung

gegen Zölle, Teuerung, Kongrua und das volksfeindliche Verhalten der deutschen Sozialparteien. Referent Genosse Ernst Paul, Prag.

Kein Angestellter und Arbeiter, aber auch keine Frau bleibe dieser Protestversammlung fern!

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Mittwoch, den 30. Juni, um 8 Uhr abends Diskussionsabend mit einseitigem Vortrag des Genossen Lang über „Jugendpflege und Jugendbewegung“. Lokal: Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smedsky 27. -

Bereinsnachrichten.

„Wran-Urania-Kino“.

Vola Negri, Jannings, Schängel, Lieble. Meisterpiele! Meisterregie! Das bietet der Klassiker unter den Filmen: „Madame Dubarry“ im Wran-Urania-Kino. Dazu „Gesolek“, Bilder von der Düsselbacher Ausstellung. Heute, 3. halb 6 und 8 Uhr. Montag und täglich, halb 6 und 8 Uhr.

„Madame Dubarry“ im Wran-Urania-Kino. Heute, halb 6 und 8 Uhr. Morgen Sonntag, 3. halb 6 und 8 Uhr.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Holl.

Lernen und Sport.

Auslandspiele unseres Bundesmeisters.

„Gleichheit“ Weiskirchlich am 21., 22. und 23. Juni in Berlin.

Im heurigen Jahr wurde der Arbeitsurlaub der Spieler dazu benützt, eine Reise nach Berlin zu unternehmen und gegen die dortigen führenden Vereine Spiele auszutragen. Die Reise stand von allem Anfang unter einem unglücklichen Stern. Im letzten Moment Abflug von Berlin für Samstag und Sonntag (Vollentscheid), auf der anderen Seite Urlaubschwierigkeiten, so daß nach Beilegung der letzten Frage nur zwei Spiele am Montag und Dienstag in Berlin fest abgeschlossen waren. (Ein drittes wurde nachträglich in Berlin-Belien abgeschlossen.)

Sonntag abends Ankunft in Berlin. Großartiger Empfang und vorzügliche Bewirtung. Am Montag Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt. Um halb 7 Uhr abends stellte sich unser Bundesmeister dem Spitzführer der spielfürstigen Gruppe Berlin-Nord „Adler 08“ Pantow gegenüber. „Adler 08“ blieb mit 4:3 siegreich. Zum Spiel selbst „Gleichheit“ stellte komplette Mannschaft, für den verhinderten Weppert spielte Erlacher am linken Flügel. Das Spiel beginnt gleich im schärfsten Tempo. Der tiefe, lockere Sandboden (eine Eigenart aller Berliner Plätze) bildet für Weiskirchlich ein schweres Hindernis. Schnelligkeit und Schußsicherheit gehen dadurch verloren. „Adler“ nützt dies geschickt aus. Im Handumdrehen setzen sie zwei Goale in den Weiskirchlicher Kasten und halten zähe an diesem Vorsprung fest. Knapp vor Halbzeit bringt Erlacher einen scharfen Schuß an, der abgewehrt wird von Weber zum ersten Tor verwandelt. Konnte „Gleichheit“ bis zur Halbzeit nicht die gewohnte Form erreichen, so wurde nach Halbzeit ihr Spiel zusehends besser. Vorerst drängen noch die Berliner. Otzel stellt sich mit einem Eigentor ein und verschleiert dadurch das Resultat auf 3:1. Weiskirchlich erkennt nun den Ernst der Sachlage. Auf beiden Seiten wird mit Hochdruck gearbeitet. „Gleichheit“ hat im Schießen großes Pech. Berlin fabriziert zwei Stangenschüsse. Eine Bombe ihres Linksinnen Trauschinsky (ehem. T. F. A. 03) bringt den vierten Treffer. Von diesem Moment an ändert „Gleichheit“ seine Spielweise und verlegt sich aufs Flügelspiel. Angriff auf Angriff rollt aufs Berliner Tor. Eine Flanke Webers wird von Erlacher zum zweiten Tor verwandelt. Wenige Minuten später ist es der gleiche Spieler, der die generische Verteidigung umspielt und scharf einfindet. Eine ausgelegte Torchance vergibt Karro, gleich darauf Horwanel. Hierauf Schluß. „Adler 08“ spendete zum Andenken einen prachtvollen Silberpokal. — Der zweite Tag verpflichtete unseren Bundesmeister nach Ludenwalde, dem Spitzführer in der Gruppe Berlin-Süd, zum eigentlich schwersten Spiele. Die Erfahrungen des ersten Spieles führten zu einer vorteilhaften Umstellung, wodurch die Mannschaft an Ruhe und Selbstvertrauen gewann. „Gleichheit“ legt gleich im schärfsten Tempo los. Ludenwalde nimmt es auf und hält es auch bis zur letzten Minute durch. Es war entschieden eines der schwersten Spiele, welche die Heimischen austragen. „Gleichheit“ verriet keinen schwachen Punkt. Besonders im Sturm klappte es ausgezeichnet. Vier Tore, durch Karro 2, Kohlbauer und Erlacher je 1, sind die Ausbeute dieser Halbzeit, dem Ludenwalde eines entgegensteht. Nach Halbzeit ist Karro und Kohlbauer nochmals erfolgreich und auch Ludenwalde erhöht den Stand auf 3. Endresultat 6:3. Spielweise des Gegners ziemlich hart. — Am dritten Tag geht wieder in die Nordgruppe zum Tabellenzweiten Sp. u. F. A. Belten, der vor kurzem „Adler 08“ mit 3:2 schlagen konnte. Wieder eine harte Aufgabe, die sich um so schwerer gestaltete, als „Gleichheit“ nicht nur durch die ungewohnten Bodenverhältnisse stark ermüdet, sondern auch mit Verletzungen rechnen mußte. Trotzdem langte es noch zu einem Siege. Wieder war es die vorzügliche Spielweise des Stur-

Rechnen Sie elektrisch!

MERCEDES-EUKLID

Ganz- und halbautomatische Rechenmaschinen.

Mit Schieber und Tasten!

Sparen Zeit — Geld — Arbeit.

L. & G. Halphen.

Prag, Mikušská 14. 22/a. Telefon 2342.

mes, vor allem der Flügel, die den größten Anteil an dem Sieg nahmen. Bis Halbzeit liegt Weiskirchlich mit 4:0 in Führung und ist dem Gegner glatt überlegen. Nach Halbzeit das gleiche Bild. Belten erzielt ein Tor, dem jedoch Nr. 5 entgegengestellt wird. Eine Viertelstunde vor Schluß fällt „Gleichheit“ dem flotten Tempo zum Opfer. Sturm und Galt sind übermüdet. Otzel stellt sich wieder mit einem Eigentor ein; ein Strafstoß bringt den dritten Treffer für Belten. Tore für Weiskirchlich: Karro und Erlacher je 2, Strupp 1. — Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß Weiskirchlich in diesen drei aufeinanderfolgenden Spielen gegen so schwere Gegner ehrenvoll abgeschnitten hat. Die Berliner Vereine sind durchwegs technisch gut geschult und verfügen über eine äußerst flotte Spielweise. Vorzüglich die Aufnahme und die Bewirtung bei allen drei Vereinen und es sei diesen von dieser Stelle aus, auch dafür gedankt.

DSC. Prag—Meteor VIII 3:2 (2:1)

Der D. F. C. trat mit Ertrag für Patek, Krombholz und Steffl an. Am meisten geschwächt war dadurch natürlich die Halfröhe. Trotzdem hatte der D. F. C. bedeutend mehr vom Spiel und war den Libenern technisch um eine Klasse überlegen. Er nahm jedoch, als er 2:0 in Führung lag, das Spiel zu lax und war nicht sonderlich bemüht, die zahlreichen Torchancen zu verwerten. Er zog erst wieder an, als Meteor ausgeglichen hatte, war jedoch in der Folge von großem Schicksal begleitet. Zwei schöne Schüsse Mannhäusers gehen an die Latte, dem alten Leh glückte überhaupt nichts und auch die Extraanstrengungen des gut spielenden Bobor führen zu keinem Resultat. Erst ein 11 Meter-Strafstoß verschafft dem D. F. C. den numerischen Sieg. Meteor VIII war im Sturm sicherer als in der Verteidigung. Beide Treffer schoß Frubny. Unangenehm fiel ihr ständiges Protestieren gegen den Schiedsrichter H. Wendl, der allerdings einen schwachen Tag hatte, auf.

Heutiger Fußball: Sparta gegen Viktoria Zizkov auf der Thraha. — Sportia gegen Praha VII auf der Kaiserinsel. — Sportbrüder gegen Union VII Sportbrüderplatz. — D. F. C. Amateure gegen Cechie VIII 4 Uhr D. F. C. Platz.

Zum Länderspiel Tschechoslowakei gegen Jugoslawien in Agram ist folgende Mannschaft nominiert worden: Stapil, Pojer, Krombholz, Steffl, Cipera, Wimmer, Knizel, Silny, Buš, Dolejš. — Gegen Schweden spielt folgende Mannschaft: Stapil, Zenisek, Steffl, Kolenatn, Pfeicha, Mikse, Mares, Koval, Meduna, Křizal, Jelínek.



Ein guter Sozialist

kann nur der sein, der fleißig die Arbeiter-Bücherei benützt!

Für die Prager städtische deutsche Minderheitsbücherei wird eine

bibliothekarische Hilfskraft

für täglich drei Nachmittagsstunden gesucht. Erfordernis: Vollkommene Kenntnis beider Landessprachen, bibliothekarische Eignung. Anbote bis 15. Juli an Dr. Roudka, Maltzky nám. 1

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Co., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Maltose-China-Eisenwein mit Lecithin Leciferminat Kolár

wird auf Grund seines reichlichen Inhaltes an Nähr- und Heilstoffen in neuerer Zeit als ein ausgezeichnetes Mittel bei Erkrankungen von Blutrarm, Unterleib, Stomach, Altersschwäche, etc. etc. empfohlen u. Appetitlosigkeit mit bestem Erfolg angewendet. — Widerstand gegen Infektionen, Appetit anregend, Blutbildung und Gewichtssteigerung. — Name dieses bewährten Kräftigungsmittels als Mitglieder der Krankenkassen zum Vorzuzug zugelassen. — Erhältlich in allen Apotheken.



Bezirksstramentasse in Leplik-Schönan.

3. 4632.

In unserem Zahnambulatorium gelangt mit 1. Oktober 1926 die Stelle eines

dritten

Zahnarztes

zur Besetzung. Bewerber um diese Stelle müssen approbierte Zahnärzte sein und neben der deutschen auch die tschechische Sprache beherrschen. Dienststunden sind von 9 Uhr früh bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends. 4216 Gesuche wolle bis 20. Juli 1926 mit Angabe der Gehaltsansprüche, der Ausbildung und eventuellen bisherigen Verwendung an die Bezirksstramentasse in Leplik-Schönan eingebracht werden.

